

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Die Spalte Kolonialzeitung oder deren Raum 1,25 Pf., sonst 1,50 Pf. Die Spalte Sozialistischer Verlag z. B. m. B. G. m. B. H. P. Breslau, Klotzstraße 49/50.

Postfach Nr. 28885, Sozialistischer Verlag, z. B. m. B. G. m. B. H. P. Breslau.

Bezugspreise: Die Spalte Kolonialzeitung oder deren Raum 1,25 Pf., sonst 1,50 Pf. Die Spalte Sozialistischer Verlag z. B. m. B. G. m. B. H. P. Breslau, Klotzstraße 49/50.

Paris — Straßburg — Moskau!

Westeuropäische Revolution.

In Straßburg tagt zur Zeit der Parteitag der französischen Sozialdemokratie. Die Beratungen dieses Parteitages verdienen unser aufmerksames Interesse. Die französische Partei — vor dem Kriege infolge des häuerlichen und kleinbürgerlichen Charakters der französischen Wirtschaft verhältnismäßig schwach — ist gegenwärtig in einem stürmischen Wachstum begriffen. Trotz Sieg und Gewaltfrieden kann auch Frankreich die katastrophalen Folgen des Krieges nicht überwinden. Die Entschädigungsansprüche an Deutschland können nur in geringem Maße realisiert werden, ein erheblicher Teil der Industrie Nordfrankreichs ist systematisch zerstört, Kohlenmangel, Walfasturz, Geldentwertung, Lebensmittelnot und Leuerung, — das sind für Frankreich die Früchte seines Sieges nach einem Kampfe mit unerhörten Opfern. Hinzu kommt die Interventionenpolitik gegen Rußland, die Unsummen verschlingt, ohne die geringste Aussicht auf einen Erfolg; hinzu kommt die diktatorische Politik der Regierung und das Verlagen der antiparlamentarischen und bilateralistischen Gewerkschaften im Kriege — dies alles sind die Faktoren, welche die französische sozialistische Partei dauernd stärken und zugleich radikalisieren. Betrug die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder im Oktober 1918 erst 34000, so ist sie seither über 150000 gestiegen, ohne daß diese zahlenmäßige Stärkung eine Verwässerung des proletarischen revolutionären Charakters der Partei zur Folge gehabt hätte, wie in Deutschland vor dem Kriege. Im Gegenteil. Die opportunistische, kriessozialistische Rechte der Partei, die Renaudel, Thomas usw. haben abgewirtschaftet. Bei den Wahlen zum Parteitags wurden sie in verschwindender Minderheit. Sie sind die Anhänger der 2. Internationale — blutige Ironie, daß gerade die Durchhalte-sozialisten, die Scheidemann und Renaudel, eine Internationale bilden wollen! — aber es ist völlig ausgeschlossen, daß sie mit ihrer Auffassung durchdringen; es ist zu erwarten, daß sie aus der Partei austreten, und damit wäre ein notwendiger Säuberungsprozeß vollzogen. In der überwiegenden Mehrheit der Partei kämpfen zwei Auffassungen miteinander. Die äußerste Linke, zu der Loria, Rappaport, Saumoneau, Méric u. a. gehören, fordern den direkten Anschluß an die Moskauer Internationale. Zu dieser Gruppe gehören die Esch-Lothringer. Im Seine-Departement hatten sie die absolute Majorität, in anderen Konferenzen hat sie die Hälfte der Parteitagmandate oder doch starke Minoritäten auf sich vereint und durch ihre zellulare prinzipienfeste Politik auch die Longuet-Gruppe revolutioniert. Longuet, Frossard, Paul Faure, Paul Louis, Berseuil, Renault, Cahin u. a. wünschen einen Wiederaufbau der Internationale, wie er ungefähr von Debbour auf unserem Parteitage gefordert wurde, und wollten sich nur unter gewissen Bedingungen der Moskauer Internationale anschließen. Die Gründe für diese Haltung sind nicht sehr originell: persönliche Empfindlichkeit und Unsicherheit vor dem Hintergrund der scheinbar sachlichen Bedenken. Es wäre nicht möglich, mit Moskau in direkter Verbindung zu bleiben. In England bestände keine Neigung zum Anschluß an Moskau und die unabhängige Arbeiterpartei Englands wäre ein unentbehrliches Glied in der Internationale. Wird man auch in der Moskauer Internationale die nötige Bewegungsfreiheit haben? Die französische Partei brauche diese Befähigung, weil manche glaubten, daß sie nach Anschließung sofort zur Revolution ausbrechen würden, während sie wußten, daß man die Revolution nicht ohne die Gewerkschaften und die Partei machen könne, man sie nicht gegen 20 Millionen Bauern machen

Ein Schandmal des Kapitalismus.

Soeben ist in nahezu dem gleichen Umfang wie früher das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, 40. Jahrgang 1919, erschienen. In den letzten Kriegsjahren hatte bekanntlich die amtliche Statistik unter Klausur gestanden, damit die Öffentlichkeit nicht erfahren sollte, wie zerschmetternd der Niedergang unseres Volkes auf gesundheitlichem Gebiete war, welchen entsetzlichen Umfang die durch die Hungerjahre verursachte Sterblichkeit angenommen hatte. Die Reichsstatistik ist infolge dieser amtlichen Sperre, die der Intelligenz des Vogel Strauß über machen würde, besonders auf dem Gebiete der „Bewegung der Bevölkerung“ mit ihren Arbeiten derart im Rückstande, daß jetzt erst die Zahlen von 1913 vorliegen. Aus dem reichen Material des grünen Buches seien heute nur einige Zahlen über die Säuglingssterblichkeit von 1916 herausgehoben und beleuchtet. — Der Arzt Lappius hat zu Anfang des 19. Jahrhunderts die Sterblichkeit der Säuglinge geradezu einen Gradmesser der sittlichen und materiellen Kultur eines Volkes genannt. Und mit Recht. Die Höhe der deutschen Säuglingssterblichkeit ist ein Schandmal des kapitalistischen Zeitalters.

Der 1915 leide sich ankündende Geburtenrückgang infolge des Krieges trat 1916 bereits katastrophal in die Erscheinung. Ueber 800000 Kinder wurden 1916 weniger geboren als 1914. Gleichzeitig nahmen allerdings die unehelichen Geburten zu. Der Rückgang der Geburten konnte nur zu einem ganz geringen Teile wettgemacht werden durch ein Sinken der Säuglingssterblichkeit. Von 100 Lebendgeborenen starben 1916 im ersten Lebensjahre vom Hundert 13,6, gegen 15,4 im Jahre 1915. Auch die Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge ging etwas zurück von 23,3 vom Hundert im Jahre 1915 auf 21,3 im Jahre 1916. Für 1917 liegt ein vorläufiges Ergebnis vor, das summarisch — ohne Einzelangabe — ein Ansteigen der Säuglingssterblichkeit auf 15,5 Prozent verzeichnet. Auf vier Todesfälle ehelicher Säuglinge kamen 1916 immer noch 7 uneheliche. Der Abstand zwischen den Sterblichkeitsziffern ehelicher und unehelicher Säuglinge ist fast unverändert der gleiche wie in den Vorjahren. Wieviel soziale Barbarei verbirgt sich noch immer hinter diesen Ziffern! Denn es ist kein eheernes Muß, daß die Kinder lediger Mütter so massenhaft dahinstarben. Schon vor der Geburt wirkt die soziale und wirtschaftliche Verdrängnis, in der sich die ledige Schwangere zuweilen befindet, oft nachteilig auf die Entwicklung der Frucht ihres Leibes ein. Die schlecht genährte, von Sorgen bis zur Verzweiflung gequälte uneheliche Schwangere, die sich unter möglicher Verberzung ihres Zustandes oft bis kurz vor der Geburt abstrudeln muß, der sich meist erst im letzten Moment die Tore eines Asyls für ihre schwere Stunde öffnen, bringt nicht selten ein lebensschwaches Kind zur Welt. Mangel an Pflege, vor allem das Fehlen der Mutterbrust — die Mutter muß ja möglichst schnell wieder Geld verdienen — läßt viele dieser armen Kleinen dann rasch

zu Grunde gehen. Schon im zweiten Monat pflegt die Zahl der Todesfälle der unehelichen Kinder die Jahresziffer der ehelichen zu erreichen.

Die natürliche Lebensgefährdung des Säuglings kommt nach ärztlicher Anschauung in einer Sterblichkeit von 7—8 Prozent zum Ausdruck. In Fürstenthümern sterben sogar nur 3 Prozent der Säuglinge. Hiermit vergleiche man nun die aus den einzelnen Landesteilen mitgeteilten Zahlen. Den höchsten Prozentsatz hatten hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit im Jahre 1916 das rechtsrheinische Bayern mit 18,4 vom Hundert, die Provinz Sachsen mit 17,8 vom Hundert, Westpreußen mit 16,1 vom Hundert. Die niedrigsten Zahlen finden wir in Hannover mit 9,9, Hessen-Kassel mit 9,3, im damaligen Großherzogtum Hessen mit 9,3, in Waldeck mit 8,3, in Schaumburg-Lippe mit 9,3, in Lippe mit 9,1 vom Hundert. Betrachtet man die Todesfälle unehelicher Säuglinge gesondert, so erreicht Hohenzollern mit 34,5 vom Hundert den Gipfelpunkt. Kleinkindersterblichkeit waren hier das Los für mehr als ein Drittel der unehelich Geborenen. Dann folgen Posen mit 30,1, Mecklenburg-Strelitz mit 29,1, Westpreußen mit 28,6 Prozent. Es sind vorwiegend agrarische Landesteile, die in Deutschland den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen können, bezüglich der Säuglingssterblichkeit — der ehelichen wie der unehelichen — an der Spitze zu marschieren.

Ziehen wir zum Vergleich die entsprechende internationale Uebersicht heran, so finden wir, daß Deutschlands Säuglingssterblichkeit in früheren Jahren — Zahlen aus den Kriegsjahren liegen zum Teil noch nicht vor — nur von Rußland, Oesterreich, Ungarn, Rumänien und Chile übertroffen wurde, Länder, deren kulturelle Rückständigkeit in vielen Gegenden noch ungeheuer ist. Kühnlich dagegen taten sich von europäischen Ländern 1916 hervor: Die Schweiz mit 7,8, die Niederlande mit 8,5, Island mit 8,6, Norwegen mit 6 Prozent. Die niedrigste Säuglingssterblichkeit der Welt hatte bisher immer Australien. Neue statistische Angaben liegen auch für Australien leider nicht vor.

Nachdem durch die November-Revolution den Frauen das aktive und passive Mitbestimmungsrecht an der Gesetzgebung gewährt worden ist, haben sie nun die Pflicht, sich solcher lange vernachlässigten Arbeitsgebiete, wie die Säuglingsfürsorge eines ist, mit besonderer Hingabe anzunehmen. Es gibt nicht leicht eine dankbarere Aufgabe als diese. Die Säuglingsfürsorge ist vor allem an der heute noch bestehenden höchst unzureichenden, ja direkt verhängnisvollen Vereinzeltung herauszuholen und fest einzugliedern in das große System des Schutzes von Mutter und Kind; des Schutzes, der schon mit der Schwangerschaft anzufangen hätte und lückenlos aufzubauen wäre, bis zu dem Zeitpunkt, wo eine besondere Fürsorge für Mutter und Kind nicht mehr nötig ist. Mögen die Frauen ihren politischen Einfluß benutzen, um der Mutter-schaft als soziale Leistung endlich volle Geltung zu verschaffen.

Und die Antworten? Um bei der letzten von Frossard vertretenen Frage zu beginnen:

Die Kommunistische Internationale hat soeben Beschlüsse über ihre Taktik im Kampfe um die proletarische Diktatur veröffentlicht. Danach dürfte es ein für alle Male feststehen, daß sie

die Moskauer Internationale keinen Einfluss hingibt über die Bedingungen des Sieges der proletarischen Revolution. Es heißt dort:

Die kommunistische Partei kann nicht die Minderheit die Macht erobern, aber auch die Arbeitermassen können sich nicht befreien, ohne kommunistisch zu werden, ohne der kommunistischen Leitung beizutreten. Die Diktatur, die unumgänglich ist zur Durchföhrung des Sozialismus, kann nur die Diktatur des bewußten proletarischen Massen sein, abgesehen von der Diktatur der klassenbewußten revolutionären Arbeiter ist, ist gleichzeitig die Diktatur des Kommunismus.

Die Moskauer Internationale erwartet daher nicht sofort nach dem Anschluß die Revolution trotz 20 Millionen gegenrevolutionärer Bauern, sondern sie fordert eine revolutionisierende Politik.

In der Zeit, wo sich die Massen erst zum Kampfe sammeln, wo sie erst im Wege zum Niederlagen haben die Kommunisten revolutionären Arbeiter auf die Notwendigkeit der Ausnutzung auch der geringsten agitatorischen und organisatorischen Möglichkeiten hinzuweisen, die die Beteiligung am Parlament gewährt, indem sie erlauben, in jedem Gesetz, jeder weitgehenden parlamentarischen Entscheidung der schärfen Gegenüber der proletarischen Interessen mit Wort und Tat aufzufahren, um dadurch die Aktion der Masse zu fördern.

Die Moskauer Internationale macht es ihren Bekämpfern zur Pflicht, alle Mittel auszunutzen, Parlament, Gewerkschaft, Betriebsrat und Massenaktion, den Klassenkampf des Proletariats zu führen, vorwärts zu treiben und Klarheit über die Bedingungen seines Sieges über die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur zu verbreiten. Ist eine größere Bewegungsfreiheit denkbar? Darum ist es auch falsch, wenn immer wieder behauptet wird, daß die englische Arbeiter-Partei sich nicht der Moskauer Internationale anschließen würde. Auch in England sind Strömungen vorhanden, welche den direkten Anschluß an Moskau fordern. Die Schottische I. L. P.-Konferenz faßte den Beschluß, der Moskauer Internationale beizutreten. Der „Labour Leader“ berichtet darüber:

Dem Beschluß, daß die I. L. P. ihre Verbindung mit der zweiten Internationale löse und sich mit der dritten Internationale vereinige, sei mit 158 gegen 28 Stimmen angenommen, folgte eine Demonstration der Begeisterten, wie sie niemals vorher auf der schottischen I. L. P.-Konferenz erlebt wurde. Die Delegierten sprangen auf und dankten, den Anschluß an die Moskauer Internationale zu vollziehen. Es war ein spontaner Ausbruch der Begeisterung und des Jubels.

Und auch die Minderheit war keineswegs prinzipieller Gegner der 3. Internationale. Trotzdem lehnte die Schottische I. L. P. den Anschluß an der Labour-Party (Arbeiter-Partei) ab. Es sind also auch dort revolutionäre Kräfte am Werk, welche nur durch ein klares und prinzipielles Vorgehen der anderen Parteien gestärkt werden können. Zudem wird die soziale Revolution in England — wie in I. B. schon Genosse Bannetot festgestellt hat — unter ganz einzigartigen Bedingungen vollzogen: die insulare Lage, das Kolonialproblem, das Fehlen eines ausgeprägten Militarismus, das traditionelle Zweiparteiensystem im Parlament und die Homogenität der parlamentarischen Gruppen — dies alles sind spezifische revolutionäre Probleme, die es wahrscheinlich machen, daß die Revolution in England ihre besonderen Formen annehmen und in einer gewissen Unabhängigkeit und Unabhängigkeit von der internationalen Revolution verlaufen wird. Aber selbst bei der englischen Politik nach rechts am rechten Rand stehen, und wie sie jetzt zum Beispiel in Rußland bringt, so würde sie auch

...schichtnotwendige Revolution anerkennen. Der Weg der englischen Arbeiter-Partei ist ein Sonderfall und kann niemals der Weg des europäischen und amerikanischen revolutionären Proletariats sein. Und die Verbindung mit Moskau? Es ist eine Verbindung in den Prinzipien und im Geist und nicht eine Verbindung am grünen Tisch, die uns nützt. Ganz abgesehen davon, daß nach einer direkten räumlichen Verbindung durch den russisch-estnischen Frieden geschaffen ist.

Die Gruppe um Longuet will eine Verapredung aller revolutionären sozialistischen Parteien einberufen. Es sollen eingeladen werden:

1. Alle Parteien, die zur 3. Internationale gehören.
[Dies bedeutet ein Hinweggehen über die bestehende Organisation der 3. Internationale als solche und über ihre praktisch revolutionäre und grundsätzlich klärende Arbeit; man darf die Parteien der 3. Internationale nur über die Organisation selbst einladen, wenn man sich eine Abkehr von der 3. Internationale nicht ausschließen will.]

2. Alle Parteien, die aus der Zweiten Internationale angezogen sind, aber noch nicht zur 3. Internationale gehören (d. h. die U. S. P. D. und die Schweizer Sozialdemokratie).

3. Die Elemente der in der 2. gebildeten Parteien, die bereit sind, die Internationale in Uebereinstimmung mit der 3. wieder aufzubauen (d. h. die englische Labour-Party, die österreichische Sozialdemokratie und kleinere selbstständige Gruppen).

Eine solche Internationale wäre totgeboren. Sie wäre das Ergebnis vorübergehender Konstellationen, ohne Prinzipienklarheit und mit dem Fehlen des Opportunismus infiziert. Es ist der Festigkeit der Gruppe um Longuet zu danken, daß auch Longuet und seine Freunde, die ihre Resolution die Erklärung angenommen haben:

„Falls die vorgesehene Konferenz in innerhalb von drei Monaten keine beschließenden Beschlüsse gefaßt haben sollte, wird die Sozialistische Partei Frankreichs in sofortige Verhandlungen mit den in Frage kommenden Organisationen der 3. Internationale treten.“

Dezu bemerkt unser Kölner Bruderblatt, „Die sozialistische Republik“: Wir freuen uns, daß nun auch die Richtung Longuet durch die Festlegung des Termins auf 1/4 Jahr, innerhalb dessen verhandelt werden muß, die endgültige Entscheidung in greifbare Nähe gerückt hat. Diese Entscheidung löst bei uns die Frage aus: Wann gedenkt die Zentralkommission unserer Partei in endgültige Verhandlungen mit den der 3. Internationale angegeschlossenen Gruppen zu treten? Welche Auslegung gibt die Zentralkommission der Leipziger Resolution zur Internationale?

Wir schließen uns dieser Frage an. Unsere Parteitagresolution war ein Bekenntnis zur 3. und nicht zu einer 4. Internationale. Wir verfolgen mit höchster Anteilnahme die Beratungen unserer französischen Genossen und wünschen, daß sie der Straßburger Parteitag nach Moskau führt.

Beginn des deutsch-russischen Gefangenen austausches.

Die Ergebnisse der Berliner Verhandlungen. Wie wir erfahren, haben die Verhandlungen, die der Bevollmächtigte der russischen Sowjetrepublik Wladimir Kopp mit der deutschen Regierung über den Gefangenen austausch gepflogen hat, bereits zu einem gewissen Ergebnis geführt. Die russische Regierung wird einen Austauschzug bereitstellen, der aus 25 Waggons bestehen und zweimal in der Woche direkt von Moskau nach Berlin verkehren wird. Dieser Zug wird deutsche Kriegsgefangene aus Rußland nach Deutschland bringen und russische Kriegsgefangene zurückführen.

Ferner soll durch die Einrichtung einer Schiffsfahrtslinie Hamburg—Odessa der Anfang mit dem regelmäßigen Warenaustausch zwischen Deutschland und Rußland gemacht werden. Aus Hamburg werden vornehmlich landwirtschaftliche Geräte und Maschinen nach Rußland gebracht werden und von dort soll Getreide nach Hamburg geschickt werden. Eine Schwierigkeit besteht nur darin, daß England für sich das Recht in Anspruch nimmt, durch den Bosphorus durchfahrende Schiffe in Konstantinopel untersuchen zu können. Dieser Forderung hat sich die russische Regierung bisher widersetzt.

Siedlungsland in Sowjet-Rußland.

Je mehr das Kapital seine Produktion einschränkt und gerade an der Warenknappheit verdirbt, je mehr die Regierung um der „Wirtschaftlichkeit“ ihrer Betriebe willen die Arbeiter auf die Straße wirft, die Arbeitslosigkeit vermehrt und die Arbeitslosenunterstützung herabsetzt, je wehrloser das Proletariat der Ausbeutung und Bewucherung durch die Agrarier ausgesetzt ist, desto elementarer erwacht der Wille des Proletariats, zum Lande zurückzulehren, von dem es verdrängt wurde. Wenn die Regierung den deutschen Großgrundbesitz sozialisiert und Landarbeitern Genossenschaften zur Bewirtschaftung übergeben hätte, — wir wären heute nicht auf Gnade oder Ungnade den Krantjunkern und ihrer militärischen Sippschaft ausgeliefert. Doch die Regierung schickte die Landhurgrigen ins — Baltikum, wo sie die Irtlicher: Landproletariat verdrängt hätten, wo sie sich blutige Köpfe holten und für fünf Milliarden Schaden anrichteten.

Nicht zu verwechseln mit diesen reaktionären und schwindelhaften Siedlungsbestrebungen ist das Vorgehen der Vereinigung Ansiedlung „Dit“. Da Rußland stellenweise sehr dünn besiedelt ist und seine Agrarwirtschaft bisher mehr extensiv als intensiv war, da die Sowjetregierung ihre besten Arbeiter an die Front jenden mußte, so suchte die Sowjet-Regierung kommunizistisch gestimmte Arbeiter, denen sie Land zur Verfügung stellen wollte. Im Mai 1919 hat die Vereinigung Ansiedlung „Dit“ drei Vertreter nach Rußland geschickt, die die

Siedlungsmöglichkeiten untersuchen und Vereinbarungen mit der Sowjet-Regierung treffen sollten. Die Genossen kamen im Juni an Ort und Stelle, verhandelten anfangs mit Litwinow und kamen schließlich zu Lenin. Lenin versprach der Vereinigung 50 Millionen Rubel zur Verfügung zu stellen, sobald 3000 Familien angekommen seien, und außerdem jederzeit zinsfrei Kredit, so viel die Vereinigung gebrauchen würde.

Es wurde der Vereinigung eine Landfläche im Rayon des Flusses Woloma im Gouvernement Nord-Owinsk zugewiesen. Es ist dies ein Gebiet, das zu neun Zehntel aus Wald besteht; ein Zehntel ist Ackerland. Infolge der Kriegslage konnte damals der Kommissar noch keine Garantien für die Lieferung der Verpflegung übernehmen. Die Produkte waren vorhanden, aber die Transportmittel wurden für die rote Armee gebraucht. Die russische sozialistische föderative Sowjet-Republik hat darauf mit dem Ansiedlungsverein „Dit“ einen Vertrag geschlossen, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Vom Moment der Ankunft der deutschen Kolonisten auf der ihnen angewiesenen Siedlungsfläche an zählen sie als russische Staatsbürger mit allen von den letzteren erworbenen Rechten und Pflichten russischer Kolonisten. Die Kolonisten müssen gesund, physische Arbeit gewöhnt sein und der ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit erwerbenden Bevölkerung angehören. In Bezug auf den Charakter ihrer Tätigkeit auf der ihnen angewiesenen Landfläche sind die deutschen Kolonisten verpflichtet:

- a) eine Produktionswirtschaft großen Maßstabes auf kollektiver Grundlage zu schaffen (§§ 7 und 8 der Bestimmungen über die Sozialisierung des Bodens);
- b) mittels der Arbeit ihrer Mitglieder Bedingungen zu schaffen, die das Wachstum der produktiven Kräfte des Rayons fördern im Sinne der Hebung der Ertragsfähigkeit des Bodens, der landwirtschaftlichen Technik und des Niveaus der landwirtschaftlichen Kenntnisse.

Die Ueberfahrt der deutschen Kolonisten mit ihren Familien innerhalb der Grenzen der russischen Republik bis zur Endstation der Eisenbahn oder des Wasserweges geschieht zu den allgemeinen Ueberfahrtsbedingungen. (Die Fahrpreise in Ueberfahrtsstationen lauten auf ein Zehntel des Fahrpreises vierter Klasse des Personentariffes.) Maschinen, Werkzeuge, Sämereien wie auch Bagage der Kolonisten werden gratis befördert. Der Verein verpflichtet sich, den überlebenden Familien aus Deutschland das unentbehrliche tote landwirtschaftliche Inventar zu verschaffen, besonders landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, deren Einführung zollfrei geschieht. Den Kolonisten werden folgende besondere Vorzüge eingeräumt:

1. Die Beförderung von Vertrauensmännern, die der Verein „Dit“ oder eine Gruppe seiner Mitglieder zur Inauguration des Ansiedlungsgebietes oder zur Information über die örtlichen Bedingungen entsenden wird, wird unentgeltlich vorgenommen.
2. Die Kolonisten werden von staatlichen und Gemeindeabgaben im Laufe von 5 Jahren befreit, gerechnet vom Herbstjahr, das auf die Ansiedlung folgt; im Verlaufe von weiteren 5 Jahren werden Steuern nur zur Hälfte erhoben.
3. Die Kolonisten werden auf die Zeit von 3 Jahren, gerechnet vom 1. August 1922 an, vom Militärdienst befreit.
4. Die Kolonisten sind auf dieselbe, in Punkt 6 angegebene Zeit von der Pferde-, Wagen- und Geschirrführung in die Armee befreit.

5. Nach erfolgter Ansiedlung der Kolonisten auf ihrem Ansiedlungsplatze und nach Erreichung eines Wirtschafts- und Organisationsplanes stellt der Kollektiv der Ansiedler die Regierung der R. S. F. S. R. an den Ansiedlungsverein „Dit“ eine Ansiedlung von 50 Millionen Rubel für allgemeine nützliche und Ausflugszwecke zur Verfügung.

6. Sämtliche Arten von Kredithilfe werden dem Kollektiv zinsfrei erwiesen.

Ein großes Gewicht wurde darauf gelegt, daß alle Berufe, die dabei unbedingt benötigt werden, zur Verfügung stehen, wie Ärzte, Lehrer, Hebammen, Sanitätspersonal. Es ist wünschenswert, daß sich die Auswanderer mit der russischen Sprache vertraut machen; das wichtigste ist jedoch, daß sie die sozialistische Weltanschauung haben.

Die Kommission hat außerdem festgestellt, daß für 800 000 Industriearbeiter Arbeitsgelegenheit in Rußland vorhanden ist. Vielleicht bringen die jetzigen Verhandlungen die Möglichkeit, diese Pläne zu verwirklichen. Dadurch würde die Arbeitslosigkeit in Deutschland mit ihren Folgen behoben werden können.

Betriebsratswahlen und Gewerkschaften.

Im Betriebsrätegesetz wird wiederholt auf die Gewerkschaften hingewiesen. Es wird in § 47 Gewerkschaftsvertretern das Recht zugesprochen, an den Betriebsversammlungen mit beratender Stimme teilzunehmen. Nach § 78 hat der Arbeiter- und Angestelltenrat, oder wenn ein solcher nicht besteht, der Betriebsrat „im Benehmen“ mit den Gewerkschaften bei der Regelung der Löhne und der ganzen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken.

Die Betriebsräte oder Arbeiter- und Angestelltenräte sollen also zu einer Art gesetzlicher Instanz der Gewerkschaften in den einzelnen Betrieben werden. Die Aufgaben, die ihnen das Gesetz zuschreibt, decken sich im wesentlichen mit dem bisherigen Tätigkeitsbereich der Gewerkschaften.

Das Streben der deutschen Machthaber, die Betriebsräte durch diese Degradierung aller sozialistischen Macht zu berauben, wurde bei der Schaffung des Gesetzes von den Rechtssozialisten gefördert. Jetzt besteht die Gefahr, daß dieses Streben eine neue, gewiß nicht beabsichtigte Förderung dadurch erfährt, daß an vielen Orten die revolutionären Gewerkschaftler verdrängen, die Leitung der Wahlarbeiten zu den Betriebsräten in die Hand zu bekommen. Maßgebend sind für diese Wünsche Erwägungen der Praxis, die zunächst sehr einleuchtend klingen, in Wirklichkeit aber der Arbeiterbewegung des Proletariats hemmend entgegenstehen. Sollen die Betriebsräte und die Rechte, die sie sich erkämpften, ein Ausdruck des zum Sozialismus hindrängenden Willens des Proletariats bleiben, dann müssen sie von vornherein darauf achten, daß ihr Tätigkeitsgebiet sich klar scheidet von den Gewerkschaften. Die Gegner der Revolution und des Sozialismus suchen die Grenzen

Ein Brief des Hauptmann Jacques Sadoul.

Jacques Sadoul wurde in Frankreich vom Kriegesgericht zum Tode verurteilt und von dem Kaiserlichen Hof zum Abgeordneten gewählt. Sadoul hat die Ideen, die Entschlossenheit der russischen Revolution studieren können; er hat sich davon überzeugt, daß sie einen ungeheuren Schritt zu wahren materiellen und intellektuellen Emanzipation der Menschheit bedeutet. Das ist sein Bekenntnis.

Moskau, den 8. April 1918.

Lieber Freund!

Eben habe ich Alexander Gay gesehen, einen der glänzendsten Redner und Führer der Anarchosozialisten. Ich habe mit ihm in seinem Zimmer gesprochen, mit seiner Frau und zwei Anhängerinnen, eleganten und obernischen Damen. Ausserlebens Bonbons, köstliche Torten, gefüllte Plauderei (wie anders ist die parlamentarische Einfachheit der Volkswirtschaftler!) Im Hintergrund, aber wichtiger Geist, der leicht sich breiten Ideenlinien hingibt. Nicht ein Gramm gesunden Menschenverstandes. Ganz ungefährlich.

Gay wütet gegen die Volkswirtschaft, die das sozialistische Prinzip verraten hätten seit dem Augenblick, da sie zur Macht gelangt seien, und die sich dann schnell in heftige Reformisten gewandelt hätten, von denen sich die Arbeiter abwenden, um sich zu sammeln unter dem Zeichen der schwarzen Fahne. Mehrere Städte des Südens seien bereits in der Macht der Anarchisten. Gay glaubt schon jetzt in Moskau über mehrere tausend bewaffnete Menschen verfügen zu können. Aber der Augenblick des Scheiterns sei noch nicht gekommen. Man müsse sich zunächst einmal der unanbierbaren und gefährlichen Elemente entledigen, die sich in die anarchischen Reihen eingeschlichen haben. In ein oder zwei Monaten werden die Anarchisten das bolschewistische Gebäude unterwerfen haben. Die Regierung der Arbeiter hat dann ein Ende. Die wahrhaft kommunistische Republik wird dann errichtet werden.

Und wenn die Volkswirtschaften in der Offensive zuorkommen?

Sie werden es nicht wagen, antwortete mir Gay.

Ich begleitete eine von den beiden eleganten Anarchistinnen Gay's zu dem Klub der Kaufleute, der jetzt „Haus der Anarchie“ heißt.

Die Volkswirtschaft und die Anarchisten haben sich in die schönsten Paläste der Stadt geteilt, nachdem sie sie sich — manchmal mit den Waffen in der Hand — freitig gemacht haben. Ich habe mehrere dieser herrlichen Erziehungsanstalten besucht. Man plant dort und raucht; aber man hört auch imitative ökonomische und wissenschaftliche Unterhaltungen. Keulich habe ich Lumarischanski gebeten, mir einen zusammenfassenden Bericht über die von ihm unternommenen Reformen des öffentlichen Unterrichtswesens in Rußland zusammenzustellen. Er ist voll interessanter Ideen und seine Arbeiter könnten mit recht großem Nutzen von den Lehren unserer Unerfahrenen lernen werden.

Das russische Volk lebt seit 15 Monaten in einem intellektuellen Fieber, in einem Wüsten von Ideen, die mit großer Schwelligkeit seine politische Kultur vorwärtsrücken. Seine öffentliche Erziehung geht in vollkommen ungezügelter und heftiger Form vor sich, aber es ist unzweifelhaft, daß diese unanbierlichen Diskussionsreihen, in denen sich seine Bardehanten und seine geschwätzigen Intelligenz gefallen, dieses Chaos von widersprüchlichen Formeln und Prinzipien, tiefe Spuren hinterlassen werden.

Meine Begleiterin erklärt mir, daß das „Haus der Anarchie“ unendlich viel lustiger sei als die bolschewistische Kaserne. Sie geht jeden Abend dahin. Man raucht dort. Und hängt bis zu vorgerückter Stunde der Nacht hier, in weit höherem Maße als in Petersburg, und anderswo, haben die Arbeiter fast alle Souveränität in Bezug genommen. Zu den ersten Zeit pilgert man die Arbeiter anzu-

hinauszuerwerfen, jetzt tritt man lieber mit ihnen die Wohnung ... Das Leben ist für die russische Bourgeoisie sehr schwer ...

Gerechtigkeit und Güte! Das russische Volk ist zu tiefst gut. Und barmherzig! Kein Mensch preßt um Hilfe seine Hände vergebens aus.

Ein Beispiel: Bei einem bolschewistischen Freund. Wir essen zu Mittag. Es klingelt. Ein Soldat hütet um einen Rubel. Ein tüchtiger Soldat. Mein Gastgeber erhebt sich. Der Soldat ist betrunken. Die Türe wird wieder geschlossen. Das Mädchen, das 20 Rubel im Monat bekommt, geht hinaus und gibt den Rubel dem bettelnden Soldaten, kommt wieder herein und brummt meinen Freund an.

Er wird sich noch mehr betrinken, meint dieser.

Das geht Sie nichts an, antwortete ihm das Mädchen in strengem Ton. Wenn der Soldat um einen Rubel gebeten hat, so hat er ihn unbedingt nötig. Sich betrinken ist für ihn ein Bedürfnis. Sie haben nicht das Recht, ihn zu verurteilen.

Und das ist ganz russisch: Wir haben nicht das Recht, über Andere zu urteilen. Nachsicht, Toleranz, Mitleid sind unendlich und unbegrenzt. Ich weiß, diese Qualitäten sind ihrem Wesen nach negativ und verbergen oft Gleichgültigkeit, Schwäche, Feigheit, Selbstsucht. Die Gesellschaft kommt dabei nicht auf ihre Kosten. Aber das Individuum braucht sie. Von jedem Zwang befreit, entwickelt sich die Persönlichkeit eines jeden Menschen bis zu einem Maximum. ... Hier ist man frei, sehr viel freier als in anderen, freien Ländern. Die Frage heißt: Ist die Gesellschaft für das Individuum oder das Individuum für die Gesellschaft da? Rußland entscheidet sich über diese Frage — die erste Formel.

Hauptmann Jacques Sadoul.

An die Intellektuellen:

Die brennendste Frage der Zeit zu ergründen, auch um diese Ergründung hingebungsvoll zu bemühen, ihr zu dienen mit eurem besten Leben in den Kämpfen des Alltags: dazu seid ihr keineswegs gewillt. Eure gierigen Pfoten greifen schon wieder nach Blüten und Früchten, anstatt daß ihr euch schützend um die hart bedrohte Saat stellt, anstatt daß ihr selber Saat seid, nur Saat, nichts mehr.

Dagegen brennt euch die diktatorische Frechheit in den Gehirnen; dagegen stellt ihr euch mit dem Hochmut des Vieles ab und wisst nichts über die Sache und außerhalb der Sache.

Wisst ihr, welches der Sinn der heraufkommenden Zeit ist? Er bedeutet:

für den ungeliebten Menschen das Reich der Liebe; für den ausgestoßenen Menschen das Reich der Gemeinschaft; für den ausgebeuteten Menschen das Reich freudiger Arbeit; für den ungeistigen Menschen, daß der Alltag geheiligt wird dadurch, daß das Heilige in ihn eindringen darf; für den Künstler, daß sein Ideal und das der Menschheit das Gleiche sei, und daß seine Arbeiten von jedem geliebt und verstanden werden können, wenn beide, der Künstler und der Mensch, auf dem Wege stehen, der über den Tod hinweg in die Zukunft und in die Ewigkeit führt!

Der Sinn der Zeit fordert von den Intellektuellen:

Laßt euch befreien von denen, die niemals dem Alltag fern wurden; und laßt euch aufnehmen in die Wurzel des Menschheitsstammes, damit eure Kraft in diesem großen Baume mitwirke.

Ja, dieser Tag der Geburt oder des Untergangs ist jetzt gekommen. Und ich fühle noch ein anderes, mich erfüllendes in es den Händen, die ich aus-

wischen beiden zu vermischen, und das ist ihnen im Betriebsrätegesetz in besonderem Maße gelungen.

Klar und scharf wurde von den bereits bestehenden Organisationen der bisherigen Betriebsräte die Verschiedenheit der Aufgaben der Gewerkschaften und der Betriebsräte wiederholt aufgezeigt. Danach ist es in erster Linie die Aufgabe der Gewerkschaften, die Schäden der gegenwärtigen Wirtschaftsweise nach Möglichkeit von der Arbeiterklasse abzumenden, die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu erhöhen. Die Gewerkschaften sollen vor allem:

1. Die Arbeiterschaft bei der Aufstellung der Löhne und bei Festsetzung der gesamten Arbeitsbedingungen vertreten,
2. Die Solidarität fördern,
3. Arbeitsvermittlung übernehmen,
4. Das Lehrlings- und Fortbildungswesen regeln.

Wohl weist das Betriebsrätegesetz einen wesentlichen Teil dieser Aufgaben den neu zu wählenden Betriebsräten zu, die sie im Einvernehmen mit den Gewerkschaften lösen sollen. Das Wesen der revolutionären Betriebsräte wird aber gerade darin bestehen, daß sie einen ständigen Kampf führen gegen diese Beschränkung ihres Aufgabentrefses. Ihre Aufgabe ist es nicht, den Arbeitern das Ertragen des Kapitalismus zu erleichtern. Ihre Aufgabe ist der Kampf zur Beseitigung des Kapitalismus. Dieser Kampf weist sie auf andere Wege als die einer rein wirtschaftlichen Vertretung der Arbeiter des Betriebes. Diese Funktion muß den Gewerkschaften überlassen bleiben, wenn die Betriebsräte die Pioniere des Sozialismus sein sollen. Sie haben für die Beseitigung des Kapitalismus zu kämpfen, indem sie den Sozialismus vorbereiten. Im Kampf um die Kontrolle der Produktion haben sie die Arbeiterschaft ihres Betriebes aufzuklären über die Willkür und Sinnlosigkeit kapitalistischer Produktion, über die Notwendigkeit sozialistischer Regelung von Produktion und Konsum und über die Unmöglichkeit, auf dem Wege allmählicher friedlicher Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus zu gelangen.

Der Kampf der Betriebsräte um die Kontrolle der Produktion, um einen genauen Einblick in alle Vorgänge in dem Betrieb, wird verbunden sein mit der Aneignung von Kenntnissen und Erfahrungen, die zum Teil zunächst der Aufklärung, zum anderen Teil später dem Aufbau des Sozialismus sehr zugute kommen werden. Die Aufklärungsarbeit sowohl wie die Vorarbeit zum Sozialismus wird aber erst mit dem nötigen Nachdruck betrieben werden können, wenn durch organisatorische Zusammenfassung

brecken nach dem Licht des Geistes, in allen Seelen, in denen sich das seit Jahrtausenden verrottete, aber nicht unfruchtbar gewordene Saatgut der weltumfassenden Menschenliebe regt, in all den Arbeitern, die nicht Bürger wurden, sondern den Kelch ihrer Leiden bis zur Reize leerten; ich fühle, sehe und erkenne das Volk, das auf der ganzen Erde den Heilsgedanken des Lebens und die Verwirklichung des neuen Lebens mit dem neuen Geist verwirklichen soll. Was will also der Mensch noch in seiner Zelle, da er die Brüder erkannt, mit denen er leben und wirken kann, ohne sich zu entfernen von einem Glauben.

So also trete ich heraus aus meiner Zelle und gehe unter die Menschen, die meine Brüder sind. Ich schleppe nicht mit mir den Apparat des Klüngels, ich habe keinen Ehrgeiz nach einem Posten; ich will nur auf dem Posten stehen, der mir innerhalb des großen Werdens der freien Menschheit, die mehr ist als mein Individuum, durch Schicksal angewiesen ist. Ich beabsichtige nicht, die neue Architektur zu schaffen, nicht die neue Malerei, das neue Drama und die neue Musik. Alle Ergebnisse meiner künstlerischen Veranlagung werden sich ohne meine Absicht und so, wie ich sie gar nicht voraussetzen kann, zeltigen, wenn ich eingegangen bin, aufgenommen bin und lebe in der Liebe der Menschen, die alle Werkzeuge des neuen Geistes sind, der sich auf die Erde senkt oder aus der Erde kommt. Underner: wenn ich ganz und restlos aufgenommen habe in meine Liebe die Menschen, die ergriffen sind von dem ungeheuren Strom, der aus seinem unterirdischen Leben ins Licht gebrochen ist. So schließt sich der Kreis. — Wenn aber die Materie träge wird, wenn ihre alte Gewohnheit sich zu setzen, das geistige Gebot fällt, so muß man in diese Materie hineinstoßen, damit sie auseinanderbricht und von dem großen Wirbel ergriffen wird.

Otto Freundlich
Dieses von Walter Rilla herausgegebenen Zeitschrift „Die Erde“

aller zum Sozialismus hinstrebenden Betriebsräte diesen Gelegenheit geboten ist, ihre Erfahrungen und Ansichten miteinander auszutauschen und die Tätigkeit der vielen einzelnen Betriebsräte planmäßig und einheitlich zu gestalten.

Jede über den wirtschaftlichen Gegenwärtigen Kampf der Arbeiterklasse hinauszielende Tätigkeit der Betriebsräte wird naturgemäß gehemmt durch eine zu enge Bindung der Betriebsräte mit den Gewerkschaften. Die Vorbereitung der Betriebsratswahlen durch die Gewerkschaften aber würde diese Bindung mit Wahrscheinlichkeit nach sich ziehen. Gewiß mag gerade den linksstehenden Gewerkschaftlern die Absicht einer Schwächung der revolutionären Kampfkraft der Betriebsräte fern liegen. Ihr an einigen Orten Deutschlands zutragendes Streben, die Vorbereitung der Wahl der Betriebsräte in die Hand zu bekommen, rückt jedoch diese Gefahr in greifbare Nähe. Dazu kommt, daß die finanziell ohnmächtigen Betriebsräte sehr leicht in finanzielle Abhängigkeit von den mächtigen Gewerkschaften

geraten können. Aus den ursprünglich von allen Teilen mit den besten Absichten zur Förderung des revolutionären Kampfes des Proletariats eingegangenen Beziehungen werden sich bei den geringsten Differenzen zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften Verhältnisse ergeben, die dem deutschen Proletariat noch aus dem Kriege höchst unliebsam in Erinnerung sind. Aber auch wenn es zu Differenzen zwischen beiden, die sich aus allerlei sachlichen Umständen nur zu leicht entwickeln können, nicht kommt, dann ist doch aus den weiter oben ausgeführten Gründen die Wahlvorbereitung durch die Gewerkschaften ein schwerer politischer Fehler.

Die Wahl der Betriebsräte kann nur vorbereitet werden vom politischen Gesichtspunkte aus. Sie muß deshalb die Aufgabe der verschiedenen politischen Parteien sein, die um den Sieg ihrer Anschauung in den Betrieben zu kämpfen haben. Der Sieg einer Liste der freien Gewerkschaften bedeutet durchaus nicht den Sieg eines so einseitigen Programms, wie das der U. S. P. Die klare Kampfpolemik wird verwirkt. Die Folge wird eine Erweichung des revolutionären Kampfes in den Betrieben sein.

Der Minister auf der Anklagebank!

Sollte es noch Richter in Deutschland geben? Ein Minister auf der Anklagebank? So ist's. Der sächsische Arbeitsminister Heldt hatte — wie erinnerlich — über die Bobendorfer Kohlenwerke wegen Unterehner-Jobotage in der Kohlenproduktion die Zwangsverwaltung verlangt. Das Gericht, an welches sich die Gesellschaft beschwerdeführend wandte, hatte nun festgestellt, (nicht etwa, daß die Direktion keine Sabotage getrieben hätte, sondern) daß der Minister nur im Handel, nicht aber in der „Arproduktion“ zu einer solchen Maßnahme berechtigt ist. Der Hansabund, Landesverband Sachsen, hat daraufhin Strafantrag gegen den Arbeitsminister Heldt gestellt. Ein Proletarier, der so gestreift hätte, hätte zum mindestens Gefängnis riskiert, wenn er nicht vorher einem Schieß- oder Antistreifen-erlass Postes zum Opfer gefallen wäre. Ein Unterehner, der streikt, zieht jedoch sogar den Herrn Minister vor den Rada, wenn er ihm etwa das Vermögen, die Proleten auszuhungern, streitig machen sollte.

Aus der Provinz.

Dels. Skandalöses Treiben der Moskogarde! Wir erhalten folgende Zuschrift:

Seid einigen Wochen befindet sich in Dels die so trefflich gegen die obersteleische Arbeiterschaft bewährte 3. Marinebrigade. Wenn man auch darauf gefaßt war, eine ziemlich üble Truppe kennen zu lernen, so wurden die Erwartungen doch übertroffen. Mit entrollter Kriegsflagge, hoch zu Ross und schwarz-weiß-roten Fähnchen demonstrierten sie auf den Hauptstraßen. Bei allen Ausgängen trägt diese Soldateska den Revolver am Koppel und brüht sich damit, bei der ersten besten Gelegenheit denselben in Gebrauch zu nehmen. Auch erklären die Soldaten, ohne weiteres die Monarchie wieder aufzurichten zu wollen und jeden, der sich dagegen kümmert, zu erschlagen.

In der Kaserne, in welcher ein Teil untergebracht ist, geht jeden Morgen unter Hörnermusik die deutsche Kriegsflagge hoch, und gegen Abend mit demselben Lantam herunter. Sehr viel Offiziere (man spricht von der Zahl 100) machen Mannschaftsdienste. In Dels befinden sich auch 2 ehemalige U-Bootskommandanten, die auf der Auslieferungliste stehen und zwar — Kapitänleutnant Arnould und von Reiterhöfer; — welche nach Auslieferung der Soldaten, von ihnen bis zum letzten Blutstropfen verteidigt werden.

Daß es unter diesen Verhältnissen bald zu Zusammenstößen kommen würde, lag auf der Hand.

Nun hat die S. P. D. der Kaserne gegenüber ihr Parteibüro und zur Orientierung des Publikums an der äußeren Hauswand eine Marmor Tafel angebracht. An diesem harmlosen Schilde nahmen die Gesellen den ersten Anstoß, schraubten dasselbe los und schlugen es in Stücke.

Gleich darauf kam es noch toller. Am Sonnabend, den 21. 2. 20, fuhr ein Kutscher des Bauerngutsbesizers Sperlich aus Ratze bei Dels einen schwerbeladenen Wagen mit Maschinen. Kurz hinter ihm kamen Soldaten der Marinebrigade gefahren. Diese wollten nun das Fuhrwerk überholen. Da nach ihrer Ansicht der Kutscher nicht schnell genug aus dem Wege fuhr, kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Als nach einiger Zeit der nämliche Kutscher des Gutsbesizers Sperlich mit den abgeschirrten Pferden in den Stall wollte, erwartete ihn schon ein Unteroffizier, der ihm mit vorgewhaltenem Revolver allerhand Liebenswürdigkeiten sagte. Der Kutscher schlug jedoch dem Frechling die Waffe mit der Peitsche aus der Hand und verabreichte ihm eine gehörige Tracht Prügel. Erst ein dazukommender Zimmermann brachte die beiden auseinander.

Nach einer gewissen Zeit erschien nun ein Unteroffizier und ein Mann, beide schwer bewaffnet, auf dem Gute des Herrn Sperlich, um den Kutscher zu verhaften. Herr Sperlich wünschte jedoch erst den Haftbefehl zu sehen, und da die Soldaten keinen vorweisen konnten, verwies er sie beide von seinem Gute, was ihm aber erst dann gelang, als er mit der Alarmierung der Einwohnerwehr drohte. Letzteres wäre ihm beinahe teuer zu stehen gekommen, da die Soldaten von ihren Karabinern Gebrauch machen wollten. Erst dem Eingreifen mehrerer Einwohner ist es zu verdanken, daß Herr Sperlich vor dem Schlimmsten verschont blieb. Herr Sperlich benachrichtigte sofort den Gemeindevorsteher und Herrn Amtsrat Jack von diesem Vorfall. Als diese noch darüber redeten, erschienen 1 Unteroffizier mit 6 Mann mit demselben Regieren. Auch der Amtsvorsteher verwies die Moskiten vom Hofe und erkundigte sich jetzt telefonisch in Dels über die Berechtigung der Verhaftung. Nach ehe er Antwort erhielt, erschien ein Auto mit zwei Maschinengewehren, einem Offizier und 20 Mann im Dorfe und nahmen nun doch die ungesegnete Verhaftung des Kutschers und auch des Zimmermanns (!) vor. Man brachte beide nach Dels auf die Wache, wo man sie mit Schlägen empfing; nach dieser ersten Mißhandlung wurden sie in eine Arrestzelle gebracht, wo man sie dazert mit Gummitrappeln und Fußtritt bearbeitete, daß ihr Körper mit geschwollenen Striemen wie befaßt ist, was auch durch ein ärztliches Attest des Herrn Dr. Becker bescheinigt wird. Nach dreistündiger Haft in der Kaserne übergab man sie der Polizei, die beide Männer bis Sonntag Mittag festhielt. Vorher wollte sie ein Leutnant zwingen, einen Scheinfolgenden Inhalts zu unterschreiben.

„Ich bescheinige hiermit, daß mir bei meinem Aufenthalt im Arrest nichts verloren gegangen ist, und ich auch körperlich nicht mißhandelt worden bin.“

Auf der Polizei mußte jeder noch 20 Mark Sühne zahlen!!

Dieses Geld ist ihnen aber im Laufe des folgenden Tages wieder zurückgezahlt worden, (woraus klar zu ersehen ist, daß es selbst die Behörden erkannt haben, wie unrecht diesen Weiden geschehen ist!)

Die Erregung in der Stadt ob dieser unerhörten Vorgänge ist sehr groß.

Soweit die Zuschrift. — Fast täglich laufen ähnliche Beschwerden bei uns ein. Sie geben ein erschreckendes Bild einer vertierten Soldateska. Das Stahlbad des Krieges. . . Vom Kapitalismus verblödet, vom Krieg verwildert, von den leichten „Siegen“ gegen die eigenen Volksgenossen vertiert, und den kümmerlichen Rest ihres Gehirns von ihren „Führern“ in eckler Lügengehe vergiftet, sind sie ein jammervolles Produkt der „göttlichen Weltordnung“ und sich zwar als „Herren“ wahnend, doch nur arme Sklaven des Kapitalismus. Einmal aber wird auch denen die Erkenntnis dämmern. . .

Die Delfer Arbeiterschaft aber konnte keine bessere Illustration zu der großen Phrase von der „Freiesten Republik der Welt“ bekommen, als diese Vorfälle. Sie hat nun den neuen Leibe kennen gelernt und wird in ihrer Gesamtheit nur erkennen, wohin der Kurs geht.

Es wären ja solche Fälle nicht möglich, wenn nicht Moskete beide Augen zudrücken würde. Bligartig wird damit die Situation beleuchtet! Moskete braucht diese Truppen. Sie sind die einzigen Stützen der heutigen Regierung! Aber diese Stützen haben die Tendenz, den Van zusammenbrechen zu lassen. Statt ihn zu stützen. Auf welche Seite werden

Grundlage beruht also die „Macht“ der Regierung! Nach dem indifferentesten Blick müssen darüber die Augen aufgehen. Eine Regierung, die auf solcher Grundlage beruht, muß zusammenbrechen! Und sie wird es! Jede andere Lösung der Wirtschaftsfrage mehr oder weniger, als die Planwirtschaft, der Sozialismus, mit ihm aber verschwinden gleichzeitig auch die Machtinstrumente des Kapitalismus, die heutige „demokratische“ Regierung. Und das ist der Trost, der Stern in dunkler Nacht. Dadurch aber, daß der Delfer Arbeiterschaft die Augen aufgegangen sind, können wir über die nächsten das „Faust“ wort Goethes sagen: „Wir sind ein Teil von jener Kraft, die alles das Böse will und doch das Gute schafft!“

Locales.

Dreslau, den 28. Februar 1920.

Parteiangelegenheiten

Parteiveranstaltungen v. 1.—6. März.
Montag 7 Uhr: Aufsichtsrats-Sitzung Parteibüro.
Dienstag 7 1/2 Uhr: Rednerkursus (Soz. Partei) Parteipost, Weiße Ohle.
Mittwoch 7 1/2 Uhr: Rätesitzung Parteibüro.
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Diskussionsabend im Magdeburger Kotelan;

- Distrikt 1 und 2: Weiße Ohle 3
- = 3: Rosenstraße 27
- = 4: Gellhornstraße 1
- = 5: Königgräber Str. 10
- = 6: Lehmgrabenstr. 91
- = 7: Hochstraße 7
- = 8: Rindorfstraße 84
- = 9a: Friedrich-Wilhelm-Straße 109
- = 10: Pöpelwitzstr. 31

Freitag 7 1/2 Uhr:

Distrikt 9: Silbebrandstr., Ecke Leuthenstr. (Schloß).

Erscheinen aller Genossen ist Pflicht!

Genossen! Für alle Distrikte sind diesmal Referenten vorgelesen, die über sehr wichtige Themen sprechen werden. Sorgt daher für zahlreichsten Besuch!

Sonnabend 7 1/2 Uhr: Soz. Jugend-Beisabend (Schonländer).

Der Ortsrat.

Aus dem Stadtparlament.

Bergangenen Donnerstag wurde in einer gemeinsamen Sitzung von Magistrat und Stadverordnetenversammlung die Beschaffung des Provinzial-Landtagsabgeordneten für den Rest der Wahlzeit vorgenommen, da Oberbürgermeister a. D. Matting sein Mandat niedergelegt hat. Die Wahlhandlung ergab die einstimmige Wahl des jetzigen Oberbürgermeisters Dr. Wagner. Da Magistrat und Stadverordnete ziemlich vollständig zusammen gekommen waren, wäre es eine eigentlich selbstverständliche Pflicht der Kollegialität gewesen, gegen die Mandatsbehinderung des Stadverordneten Genosse Gruchwitz zu protestieren. Es wurde jedoch nicht einmal eine Aussprache über diesen unerhörten Fall vorgenommen. Die anschließende Stadverordnetenversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit Besoldungsfragen. Zunächst handelte es sich um die Gehaltsaufbesserung der Rektororen an den Volk- und Pflanzschulen. Der Referent Moring (Dem.) bemerkte zu der Vorlage, daß die Breslauer Rektoren viel schlechter als die anderer Städte bezahlt sind (Breslau steht an 135. Stelle). Er empfahl trotzdem die Vorlage an die Ausschüsse II und III zu überweisen, um die Gehaltsaufbesserung so zu regeln, daß keine Härten, auch nicht gegen die Mittelständler zurückbläse. Nach längerer Aussprache wurde seinem Antrag stattgegeben. Eine rege Debatte brachte die zweite Besoldungsvorlage, in der der Magistrat u. a. die Aufbesserung der Ruhegehälter und Witwenrenten empfahl, sowie die Beamtenbesoldung in 12 Lohnklassen geregelt wissen wollte. Außerdem schlug der Ausschuss VIII dem Stadtparlament vor, die Feuerungszulagen der Ruhehaltensempfänger auf 4500 Mk., und die der Witwen auf 3800 Mk. zu erhöhen, hingegen sollten die Bezüge der Primärärzte von 10 000 auf 6000 und die Gehälter der weiblichen Bürogehilfen während ihrer fünfjährigen Probezeit, die mit 5520—6000 Mark vorgelesen war, um 900 Mk. jährlich gekürzt werden. Nach einer fast einstündigen Debatte, in der von allen Seiten gegen die Verschlechterungsvorschläge des Ausschusses VIII den Ärzten und weiblichen Angestellten gegenüber Front gemacht wurde, gelangte der Magistratsantrag zu den Verbesserungs-vorschlägen für die Ruhegehälter-empfänger und Witwen zur Annahme, hingegen fand die Beschlechterungen abgelehnt worden. Dem Ausschuss überwiesen wurde die Besoldungsvorlage für die Magistratsmitglieder. Die vom Magistrat geforderte Erhöhung der Schulgelder an höheren Lehranstalten gelangte ebenfalls zur Annahme, ebenso ein Antrag Dr. Goelich, der die Real- und höheren Schulen geringer zu gestalten forderte. Angenommen wurden ferner zwei Dringlichkeitsanträge auf Erhöhung der Abschlagszulagen um 20 Prozent und auf Erweiterung der Ratsherrerei. Die durch die Beschlechterung der Besoldungssätze in den Volksschulplätzen 7, 2 und 1 verursachten Mehrkosten wurden bewilligt, und ein Antrag Feuer auf Herabsetzung der Besoldungssätze auf 40 den Ausschüssen III und VIII zur Staatsberatung überwiesen. Das Stadtparlament stimmte der Auflösung des städtischen Arbeitshauses und Überführung der Insassen nach dem Arbeitshaus Schweidnitz zu. Den Antrag des Magistrats, in dem Gaswerke 2 eine Wassergasanlage einzurichten, überwiegen man der Ausschüssen II und VIII zur Durchberatung. Ohne Debatte bewilligt unter anderem die Veranschaulichung der Ausgaben für Beschaffung von Gemeindeverfassung für ein Krankenauto, sowie für Instandsetzungen von Schädern an Schulhäusern. B.

Verantwortlich: für die Redaktion Bernhard Schonländer, für die Interale Fritz Moritz. Druck: Buchdruckerei Hügel & Danigel, Breslau.

